

Demo für mehr Lohn

Mitarbeiter von Einrichtungen des Diakonischen Werks Pfalz haben am Freitag in Speyer für höhere Löhne demonstriert. Nach einem Zug durch die Innenstadt forderten rund 70 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei einer Protestkundgebung vor der Diakonie eine achtprozentige Lohnerhöhung wie im öffentlichen Dienst.

Angesichts steigender Lebenshaltungskosten müssten auch die Diakonie-Mitarbeiter an der Einkommensentwicklung beteiligt werden, sagte Rainer Wenzel, der Vorsitzende des Gesamtausschusses der Mitarbeitervertretungen des Diakonischen Werks Pfalz.

„Soziale Arbeit ist viel mehr wert“, sagte Wenzel. Diakonische Arbeitgeber wollten oder könnten angesichts des Preisdrucks im Sozialbereich keine höheren Löhne bezahlen. Vor allem Diakonie-Mitarbeiter in unteren und mittleren Lohngruppen könnten in vielen Fällen ihre Familien nicht mehr ernähren und seien auf Zweit- und Drittjobs angewiesen.

Die Gesellschaft insgesamt müsse die sozial hochwertige Arbeit der diakonischen Einrichtungen anerkennen, sagte Wenzel. Der Sparkurs im Gesundheits- und Krankenhauswesen dürfe nicht weiter auf Kosten der Mitarbeiter gehen. Die kirchlichen Sozialverbände Diakonie und Caritas sollten sich gemeinsam für angemessene Lohnsteigerungen einsetzen.

Die Gesamtmitarbeitervertretung der diakonischen Einrichtungen habe in zwei Tagen mehr als 200 Unterschriften für höhere Mitarbeitertarife gesammelt, sagte Wenzel. Diese würden bei den nächsten Lohnverhandlungen der Arbeitsrechtlichen Kommission des Diakonischen Werkes am 17. Juni in Kassel vorgelegt. Rund 8000 Menschen arbeiten in verschiedenen selbstständigen Einrichtungen des Diakonischen Werks Pfalz.

Kirchenpräsident Eberhard Cherdron forderte in einem verlesenen Grußwort, die Diakonie dürfe nicht von den Gehaltsentwicklungen in Deutschland abgekoppelt werden. Für die diakonischen Arbeitgeber bleibe aber das Problem der Refinanzierung durch öffentliche Kostenträger bestehen.

Diakoniepfarrer Gordon Emrich zeigte Verständnis für die Situation seiner Mitarbeiter. Er unterstütze die Forderungen nach einer achtprozentigen Lohnerhöhung. Allerdings könnten die diakonischen Arbeitgeber „nicht mehr zahlen, wenn die Erträge nicht stimmen“, sagte Emrich. Er appellierte, gemeinsam mit den Mitarbeitervertretungen gegen das „Preisdumping“ im Sozialwesen anzugehen. Politik und Gesellschaft müssten in die Pflicht genommen werden, damit die Qualität der sozialen Arbeit gesichert werden könne. Gehaltstarife unter der Armutsgrenze dürfe es in der Diakonie nicht geben. (epd)